

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser wird sicherem Vernehmen nach Ende Mai eine Zusammensetzung mit dem Zaren haben. Der Besuch des Monarchen in Kasan, der auf mehrere Tage berechnet war, ist deshalb auf einen Tag verkürzt worden.

* Graf Posadowsky ließ dem deutschen Ministerpräsidenten mitteilen, daß nach Schluss des Reichstags eine Sachverständigen-Kommission als Weimarskammlage tagen soll.

* Der Großadmiral v. Röster befindet sich mit seinem Stab auf dem Flottenflaggschiff "Kaiser Wilhelm II." bei Helgoland, wo unter seinem Kommando die Flottille zur Übungsschule gebildet wurde. Diese umfaßt 16 moderne Umlaufschiffe, 8 moderne Kreuzer, 2 U-Boote und 30 Torpedoboote. Die Übungen enden am 9. Juni.

* In der badischen Zweiten Kammer gab Finanzminister Becker interessante Aufschlüsse über die finanzielle Wirkung des neuen Zolltariffs. Im Monat März beläuft sich der Ertrag für Baden, nach Abzug der Rückländer, auf 2 822 000 M., also 306 000 M. weniger als im März vorherigen Jahres. Im Monat April beträgt die Mindereinnahme nun eine halbe Million. Der Finanzminister erklärte jedoch, daß ein sicheres Urteil über die finanzielle Wirkung des neuen Zolltariffs vor Ablauf eines Jahres nicht möglich ist.

* Ein weiterer Truppentransport nach Südwürttemberg ging am 15. d. an Bord der beiden Dampfer "Montevideo" und "Gebhard Woermann" von Hamburg ab. Der Transport umfaßt eine Säule von etwa 300 Mann mit 1000 Pferden.

Österreich-Ungarn.

* Die Lage in Österreich ist überaus mischlich. Prinz Hohenlohe ist nicht imstande, daß Übereinkommen mit den Parteien in der Wahlrechtsfrage herzustellen. Der Widerstand der Tschechen ist so groß, daß man die Zustellung des Abgeordnetenhauses ins Blaue fägt. Der sozialistische Abgeordnete Schmitz erklärte in einer Rede, wenn die Wahlreform nicht durchgehe, werde ein Generalstreik ausbrechen.

* Der neue ungarische Handelsminister Franz Kossuth, hat sich über die Beziehungen Ungarns zu Deutschland, die in den letzten Wochen von dem Botschafter Blücher vielfach in wenig freundlicher Weise erörtert worden sind, dahin geäußert, daß gute Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn ein vorragendes Interesse Ungarns seien. Von diesem Gesichtspunkte lasse sich die ungarische Politik leiten, ohne sie an die deutschfeindlichen Preßstimmen, die durchaus nicht die Stimmung des Landes widerstreichen, zu fehren.

Frankreich.

* Dem obersten Kriegsrat liegen zwei Vorschläge über eine neue Infanteriebewaffnung vor. Nach dem einen soll ein dem japanischen Gewehr nachgebildetes steinthalzbige Modell allgemein eingeführt werden; der andre verlangt eine Doppelbewaffnung, so daß die Hauptmasse der Infanterie das steinthalzbige Gewehr erhält, ein Teil aber mit einem 8 Kilogramm wiegenden Revolvergewehr nach dem System Hotchkiss ausgerüstet und basiert von dem Rückstrahl abgetrieben wird.

England.

* Im Oberhause erklärte der Unterstaatssekretär des Krieges, daß von der Regierung alle Maßnahmen getroffen seien, einen plötzlichen Angriff abzuwehren, daß England nach dem bestehenden Landesverteidigungsplan ebenso schnell wie jede andre Macht mobil machen könne und daß daher keine Notwendigkeit vorliege, das Militärsystem zur allgemeinen Wehrpflicht umzuwandeln.

* Englische Blätter berichten, daß Deutschland seine Teilnahme an der künftigen Friedenskonferenz nur unter der

Bedingung zugesagt habe, daß die Abstimmungsfrage nicht besichtigt werde. In England scheint man nicht zu wissen, daß seit dem Tage jener Erklärung Deutschlands sich die allgemeine Lage wesentlich verändert hat. Außerdem aber ist diese Bedingung vor der ersten Konferenz gestellt worden.

* Als Vertreter der deutschen Städte sind in London eingetroffen: Oberbürgermeister Belmann (Aachen), Begründungskasse für Bürger (Frankfurt), Stadtrat Böhmer, die Stadtverordneten Gossel, Nosenow und Namkau (Berlin), Beigeordneter Ebbing, Geheimrat Delius, Kommerzienrat Voß (Aachen), Staats- und Dr. Müntzberg (Berlin). — Der Besuch wurde von Lord Lyveden und



Prinzessin Friedrich Karl von Preußen †.
(In Friedersdorff am 12. d. im 69. Lebensjahr
einem Herzschlag erlegen.)

den übrigen Mitgliedern des englischen Empfangsausschusses empfangen.

Schweden.

* Die erste Kammer des Reichstages vertrat mit 125 gegen 18 Stimmen den Wahlrechtsentwurf der Regierung und nahm mit 118 gegen 26 Stimmen einen Antrag betr. das allgemeine Wahlrecht mit Proportionalwahl zu beiden Kammern von neuem auf sechs Jahre an.

Ausland.

* Über die Amnestie gehen im Reichsrat die Meinungen auseinander. Graf Witte sprach für die Amnestie, die das einzige Mittel zur Verhinderung der Gemüter sei. Die Amnestie werde nicht, wie manche befürchten, der Anstoß einer revolutionären Bewegung werden; es sei Zeit, die Beamtenwillkür aufzuheben. Wenn der Reichsrat um Amnestie bitte, werde der Kaiser ihm nicht sein Gehör versagen.

* Konteradmiral Kusmissch, der Chef der neuen Admiralität-Schiffswerft von Petersburg, wurde am 14. d. kurz nachdem er auf der Welt eingetroffen war, von einem Arbeiter mit einer schweren Eisenstange erschlagen. Der Admiral, der wegen seiner grausamen Härte bei allen Arbeitern verhohlt ist, hatte den Versuch gemacht, die Arbeiter von der Feier des 1. Mai (der nach dem russischen Kalender auf unsern 14. Mai fällt) abzuhalten. Im darauffolgenden Streit wurde der Admiral niedergeschlagen.

* Das Rätsel, wohin die Leiche des von den Revolutionären zum Tode verurteilten und hingerichteten ehemaligen Arbeitersführers Gapon, den sie als einen Spion der Polizei bezeichneten, gekommen ist, ist nun mehr aufgelöst. Man fand den toten Körper des Geschwundenen in einer verschlossenen weissen Villa in der bei Petersburg gelegenen Sommerresidenz Osterki. Danach ist Gapon jedenfalls auf russischem Boden, vermutlich in Finn-

land, gestorben, und seine von Berlin aus nach Petersburg gesandten Briefe waren nur dazu bestimmt, die Spuren der Tat zu verwischen. Wie es heißt, ist man den Verbrechern bereits auf der Spur, wenngleich ihr Mann ermittelt, der wenige Tage vor dem Morde die Villa mietete.

Vallanstaaten.

* Entsprechend dem Inhalt der Note, die die türkische Regierung als Antwort auf das englische Ultimatum nach London gerichtet hat, ist die Besetzung des Sinai-Tales Tahar auf Befehl des Sultans zurückgezogen worden. Der Sultan hofft jedoch trotz seines augenblicklichen Nachgabens seine Ansprüche gelegentlich durchsetzen zu können. Die türkisch-ägyptische Streitfrage ist vorläufig jedenfalls zu allzeitiger Ruhe kehrhaft erlebt.

Amerika.

* Karl Schurz, der bekannte Deutschtürk, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Schurz hat ein bewegtes Leben hinter sich. Er studierte in Bonn Philologie und Geschichte, beteiligte sich an der Bewegung der Jahre 1848 und 49, fiedelte nach Amerika über, machte dort den Sezessionskrieg mit und wurde unter Lincoln Staatssekretär des Innern. In Amerika besaß er einen bedeutenden Einfluß und genoss allgemeines Ansehen, namentlich unter den Deutsch-Amerikanern.

Australien.

* In Natal hatten die Engländer ein siegreiches Gefecht gegen die aufständischen Kaffer, ohne siebzig Verluste zu erleiden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Montag zunächst die zweite Sitzung der Steuersteuernovelle, die dem Börsenverleih einige kleine Leichterungen verschafft. Dagegen wird auch dann die Aktiengeförderten Stempel erhoben, wenn gar keine Aktien ausgegeben werden. Die Kommission hat dieser Neuerung noch rückwirkende Kraft gegeben. Begünstigt der Stempeltarif blieb es bei den von der Kommission angenommenen Verminderungen und Verfeinerungen, so daß also insbesondere die Geschäfte in Reichs- und Staatspapieren von den Steuerpfeuer befreit sind. Das Gesetz tritt am 1. Juli d. in Kraft. Darauf wurde in erster Sitzung die Novelle zum Reichsstaatschrein zu 20 und 50 M. eingezogen und folgte neu im Wert von 10 M. ausgedehnt. Da ein Antrag auf Kommissionserörterung abgelehnt wurde, folgte der erste abhängig die zweite Sitzung der Steuersteuernovelle, die jedoch nicht zu Ende geführt werden konnte, da Abg. Arendt (Steinf.). bei der Abstimmung über § 1 die Abstimmung über § 2 abgelehnt wurde.

Am 15. d. sieht auf der Tagessitzung die dritte Sitzung der Dienstenvorlage und die Vorlage über die Änderung der Artikel 28 und 32 der Reichsverfassung.

Ein neu eingegangener Antrag Gebber (Bentz.) will eine Staffelung der Ratenzahlung einführen (am 1. Dezember 200 M., am 1. Januar 300 M., am 1. Februar 400 M., am 1. März 500 M., am 1. April 600 M., am Schlus der Session 1000 M.). Das Straßfeld soll pro Kopf und Tag 25 M. betragen, ebenfalls das Tagesschiff für neu eingetretende Abgeordnete.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Da alle Parteien die Räte erhalten, so hat jede Partei Gelegenheit, sie zur Agitation zu verwenden. — Mir werden zahlreiche Parteiführer bedienen können, doch ich sie dringend gebeten habe, bei einer bestimmten Debatte hier zu bleiben. Die von dem Börcener wieder angezeigte Verfassungsmäßigkeit von § 5 steht für mich außer Frage. Von einem Eingriff in die obzialistischen Verfassungen kann keine Rede sein. Wedner bitte schlicht um möglichst unbedeutende Annahme der Regierungsvorlage.

§ 1 der eigentlichen Dienstenvorlage wird angenommen. Vom Antrag Gebber wird die Staffelung angenommen.

Schließlich wird die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen unverändert angenommen.

Es folgen die Schlußabstimmungen über das Gesetz betr. die Änderung des Artikels 28 der Reichsverfassung und die Dienstenvorlage, die beide nominal sind.

Die Vorlage betr. die Änderung des Artikels 28 der Reichsverfassung (Verhinderung der Beschlußfähigkeitsschaffung) wird mit 224 gegen 41 Stimmen ab einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Hierauf wird die eigentliche Dienstenvor-

lage mit 210 gegen 52 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die zweite Sitzung des Mantelgesetzes. Dies Gesetz enthält die allgemeinen Bestimmungen für die bereits beschlossenen neuen Steuern. Von der Gewerbesteuer soll das neue zwei Drittel, die Einzelhandels ein Drittel erhöhen. Die Matrillardarleistung, die bis Kontraktum von 24 Millionen M. jährlich übersteigen, werden den Einzelhandels bis zum dritten Steuerjahr ge- stundert.

Abg. Schröder (Steif., Bsg.): Der Ausdruck Mantelgesetz bedeutet hier, daß wir über eine vereinfachte Steuerpolitik den Mantel der Börsen dreien soll. Sehr Grundsätzliche sind überhaupt in der neuen Finanzpolitik nicht zu finden. Nach der halbstaatlichen Staaten werden immer neue Steuerquellen gefunden, weil wir aus den Matrillardarleistungen keinen heimlichen Haushalt der Reichsverwaltung haben. Wie kommen daher immer wieder auf den Punkt, daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, worauf wir dann eine sogenannte Finanzreform schaffen. Eine wirkliche Finanzreform kann nur auf der Grundlage einer Reichssteuernovelle oder Reichssteuerneuerung neu aufgebaut werden. Diese sogenannte Finanzreform müssen wir ablehnen und der Regierung überlassen, eine wirkliche Finanzreformvorlage einzubringen.

Abg. Wiemer (Bsg. Bp.): Wegen dem § 1, der die neuen Steuern enthält, können wir den Beschlüsse der Kommission nicht stimmen: Sie hat die Bindung der Matrillardarleistung, wie die Regierung sie wünscht, abgelehnt. Auch wie können einer solchen Bindung niemals zustimmen.

Preuß. Finanzminister (Febr. v. Böhl.): Durch die Sitzung der Börsensteuernovelle, die dem Börsenverleih einige kleine Leichterungen verschafft. Dagegen wird auch dann die Aktiengeförderten Stempel erhoben, wenn gar keine Aktien ausgegeben werden. Die Kommission hat dieser Neuerung noch rückwirkende Kraft gegeben. Begünstigt der Stempeltarif blieb es bei den von der Kommission angenommenen Verminderungen und Verfeinerungen, so daß also insbesondere die Geschäfte in Reichs- und Staatspapieren von den Steuerpfeuer befreit sind. Das Gesetz tritt am 1. Juli d. in Kraft. Darauf wurde in erster Sitzung die Novelle zum Reichsstaatschrein zu 20 und 50 M. eingezogen und folgte neu im Wert von 10 M. ausgedehnt. Da ein Antrag auf Kommissionserörterung abgelehnt wurde, folgte der erste abhängig die zweite Sitzung der Steuersteuernovelle, die jedoch nicht zu Ende geführt werden konnte, da Abg. Arendt (Steinf.). bei der Abstimmung über § 1 die Abstimmung über § 2 abgelehnt wurde.

Abg. Graf von Bernstorff (Wolfs.): Wir müssen das Gesetz ablehnen, weil es mit der Reichssteuerneuerung den verdächtlichen Weg der direkten Reichssteuerneuerung vertritt.

Abg. Wertheim (Soz.): Gerade die Reichssteuerneuerung macht uns das Gesetz in erster Reihe entnehmbar. Mehrfach hat man von einer Finanzreform gesprochen. Eine organische Reform oder ist in dem Gesetz keine geschafft, man hat einfach ziemlich wahllos Geld geworben, wo man es kann, um die vorhandenen Löcher zu stopfen, ohne Rücksicht auf die Wohlhaber weiter Volksmisere und die Grundstücke gehender Volksmisere. Seit viel sprach man von der Mittelstandstreite, aber diese Steuern werden mehr Leute aus dem Mittelstand trennen als reißen. Die Ursache unserer Finanzmisere bleibt bestehen, nämlich die gestiegene Ausgaben für Heer, Flotte und Kolonialpolitik. Beide werden, wenn der Reichstag auch jetzt die Bindung der Matrillardarleistung ablehnt, das ist, daß es später annehmen wird, und das er bis dahin weitestgehend tatsächlich innahm. Damit würde er der Wohlhaber des Reichs und der Bundesstaaten dienen.

Abg. Graf von Bernstorff (Wolfs.): Wir müssen das Gesetz ablehnen, weil es mit der Reichssteuerneuerung den verdächtlichen Weg der direkten Reichssteuerneuerung vertritt.

Abg. Wertheim (Soz.): Gerade die Reichssteuerneuerung macht uns das Gesetz in erster Reihe entnehmbar. Mehrfach hat man von einer Finanzreform gesprochen. Eine organische Reform oder ist in dem Gesetz keine geschafft, man hat einfach ziemlich wahllos Geld geworben, wo man es kann, um die vorhandenen Löcher zu stopfen, ohne Rücksicht auf die Wohlhaber weiter Volksmisere und die Grundstücke gehender Volksmisere. Seit viel sprach man von der Mittelstandstreite, aber diese Steuern werden mehr Leute aus dem Mittelstand trennen als reißen. Die Ursache unserer Finanzmisere bleibt bestehen, nämlich die gestiegene Ausgaben für Heer, Flotte und Kolonialpolitik. Beide werden, wenn der Reichstag auch jetzt die Bindung der Matrillardarleistung ablehnt, das ist, daß es später annehmen wird, und das er bis dahin weitestgehend tatsächlich innahm. Damit würde er der Wohlhaber des Reichs und der Bundesstaaten dienen.

Abg. Raab (Autif.): Unsere sozialen Ideale sind durch diese Finanzreform nicht erfüllt, wir werden aber trocken für den § 1 des Mantelgesetzes stimmen.

Hiermit schließt die Debatte. § 1 wird gegen die Stimmen der Linken, Polen, Westen und einige Antisemiten angenommen, ebenso § 2 und § 3 gegen den Beginn der Tilgung der Reichsschulden mit ½ Prozent auf das Jahr 1907 fest. Ein Antrag Busing (nat.-lib.): Diezich (Soz.): O. D. O. (Soz. (freil.) und Span. (Bentz.)) will 1907 schließen. § 4 wird mit diesem Amendement angenommen. Der Rest des Gesetzes wird in der Fassung der Kommission debattlos angenommen.

Hierauf verlädt sich das Haus.

Von Nah und Fern.

Neueröffnung. In Magdeburg ist das Gebäude der Bücherschule Göttinge total niedergebrannt. Der Schaden beträgt 700 000 M. Menschen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Die Debatte schließt die Sitzung. § 1 wird gegen die Stimmen der Linken, Polen, Westen und einige Antisemiten angenommen, ebenso § 2 und § 3 mit ½ Prozent auf das Jahr 1907 fest. Ein Antrag Busing (nat.-lib.): Diezich (Soz.): O. D. O. (Soz. (freil.) und Span. (Bentz.)) will 1907 schließen. § 4 wird mit diesem Amendement angenommen. Der Rest des Gesetzes wird in der Fassung der Kommission debattlos angenommen.

Hierauf verlädt sich das Haus.

II. Die Wage der Gerechtigkeit.

2) Roman von Maximilian Brütt.

(Scribner.)

Aber das ist es ja gerade, was ich verhindern will! entfuhr es der alten Dame in aufgeregtem, angstlichem Tone.

Was Sie — verhindern wollen? fragte der Ingenieur bestremt. Mit welchem Recht verhindern?

Nun, Herr Strud, sagte die alte Dame fast atemlos, ich richte die Bitte an Sie, meiner Richterin heute und in den folgenden Tagen nicht zu begegnen — auch in den nächsten Wochen und Monaten nicht — und, um auch eine ausfällige Begegnung auszuschließen, lieber sofort wieder zurückzutreten!

Der Ingenieur blieb stehen. Ein bitteres Achseln tauchte in seinem Antlitz auf. Das ist nicht wenig verlangt, mein gnädiges Fräulein, wenn Sie deduzieren, daß ich seit drei Monaten, seitdem ich in Singapur die mir ganz ungeheuerlich erscheinende Nachricht von der Verlobung Ihrer Richterin mit diesem Herrn Kalkoda erhalten habe, jeden Tag, jede Stunde gähle, die mich Berlin und einer Aussprache mit Stephanies näher brachte!

Nun könnte ja ich fragen, mit welchem Recht Sie auf dieser Aussprache bestehen?

Mit dem Recht des Freunden, Fräulein von Red!, erwiderte er mit Nachdruck. Und ich nehme an, daß Sie an der Aufrichtigkeit meiner Gedanken für Stephanies nicht zweifeln.

Nein, Herr Strud. Sie haben meiner Conchine manchen großen Dienst geleistet —

zu beiden, als es ihr sehr schlecht ging. Noch in ihren letzten Tagen hat meine arme Conchine Ihr gebacht — mit einer rührenden Dankbarkeit, darf ich wohl sagen. Aber das hindert nicht, daß sie in einem gewissen Punkte ihre ganz bestimmt Absicht hatte und auch bis zu ihrem Tode beibehielt.

Arnold erholte das Antlitz zu dem bleigrauen Fräuleinbekleidung. Mein Gott, Fräulein von Red, Sie wissen, wie innig, wie särlich ich Stephanies geliebt habe. Sie war mir schon ans Herz gewachsen, als sie noch ein kleines Kind war. Es war ja Toreheit von mir, daß ich mich so früh Ihnen und der Majorin öffnete. Ich war damals noch in den Anfängen meiner Karriere, unfrei, einen Haushalt begründen zu können. Und da Sie von einem langen Brantkasten nichts wissen wollten, so war mir als einem ehrlichen Menschen die Gelegenheit abgeschlossen, mich Stephanies zu offenbaren ...

Aber das hab' ich nicht gelagt! verwahrt sich die alte Dame lebhaft. Kalkoda ist ein vorzüller Mensch — er liebt, er verehrt unsre Stephanies über alle Maßen; er verhindert sie, liebt sie und ihrer ganzen Umgebung jeden Winkel von den Augen ab — und es ist ganz natürlich, daß Stephanies ihm dankbar dafür ist!

Dankbar — ah, so!